

Zwei Tagebauten von RWE droht nach 2020 das Aus



Das RWE-Braunkohlekraftwerk Niederaußen

FOTO: LAIF

Die Klima-Abgabe macht Hambach und Inden künftig überflüssig. Kraft mahnt Gabriel, an die Jobs zu denken. Der will am Klimabeitrag nicht rütteln. Morgen demonstriert die Belegschaft am Landtag.

VON ANTJE HÖNING
UND BIRGIT MARSCHALL

ESSEN Die Kohle-Pläne von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) werden auch dramatische Auswirkungen auf die Tagebaue im Land haben. RWE geht davon aus, dass schon ab 2020 zwei der drei Tagebaue nicht mehr benötigt werden – und zwar Inden und Hambach, wie es in Konzernkreisen heißt. Inden sollte eigentlich noch bis 2030 abgebaut werden, Hambach gar (wie Garzweiler) bis Mitte des Jahrhunderts. Das dürfte auch die Debatte über Umsiedlungen neu anheizen. Die RWE-Sprecherin wollte sich zu einzelnen Standorten nicht äußern. RWE erwartet, dass bundesweit 30000 Jobs in Braunkohle-

Kraftwerken und -tagebauten sowie 70000 bei Zulieferern bedroht sind.

Gabriel will ab 2020 eine Klima-Abgabe auf Kraftwerke einführen, die älter sind als 20 Jahre und viel Kohlendioxid emittieren. Nur so könne Deutschland sein Klimaziel erreichen. Gegen diese Pläne machen nun Politik und Gewerkschaften mobil. NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) versuchte gestern bei einem Besuch in Berlin, ihren Parteifreund Gabriel von der Abgabe abzubringen. Kraft habe „nachdrücklich und deutlich“ auf die Arbeitsplatz-Sorgen in der Region hingewiesen. Gabriel habe daraufhin zugesagt, die Auswirkungen des Konzepts noch mal zu überprüfen und die zugrundeliegenden Daten abzugleichen, hieß es aus der Staatskanzlei.

In Berliner Regierungskreisen hieß es dagegen, das Kabinett habe bereits im Dezember beschlossen, dass konventionelle Kraftwerke den Treibhausgas-Ausstoß um 22 Millionen Tonnen senken müssten. Dieser Klimabeitrag des Stromsektors stehe unverrückbar fest und sei unverhandelbar. Allerdings sei die Regierung offen für Veränderungen,

solange das Klimaziel erreicht werde. Die Kanzlerin könne im Dezember nicht nach Paris zum Klimagipfel reisen, ohne plausibel nachweisen zu können, dass Deutschland seine Klimaziele erreiche.

Auch die Gewerkschaften sind alarmiert. Wenn Gabriels Pläne umgesetzt würden, würde dies die Tagebau in Gefahr bringen, warnte Michael Vassiliadis, Chef der Gewerkschaft IG BCE. „Die Pläne für einen neuen Strommarkt gefährden tausende Arbeitsplätze in den Kohlekraftwerken“, sagte Hans Peter Lafos, der für die Gewerkschaft Verdi im RWE-Aufsichtsrat sitzt. Für Mittwoch planen die Gewerkschaften einen Aktionstag: Morgens soll es vor den Kraftwerken im rheinischen Revier Mahnwachen geben. Um fünf vor zwölf will der Betriebsrat mit RWE-Chef Peter Terium vor dem Landtag in Düsseldorf gegen Gabriels Pläne protestieren. Terium will auch mit Gabriel sprechen.

Doch auch ohne Klima-Abgabe sieht es bei der Kraftwerkstochter Generation bereits düster aus. 2014 hatte sie zwar noch 979 Millionen Euro Gewinn in Essen abgeliefert. Doch nur, weil sie den Strom früher

zu hohen Preisen auf Termin verkauft hat. „Würde RWE seinen gesamten Strom zu 32 Euro je Megawattstunde verkaufen und nicht auf der Kostenseite gegensteuern, würde die konventionelle Stromerzeugung bereits einen operativen Verlust von mehr als einer halben Milliarde Euro machen“, sagte Sven Diermeier, Analyst bei Independent Research. Mit Kostensenkung liegt

der Verlust noch bei einem niedrigen dreistelligen Millionen-Betrag. Dazu sagte die RWE-Sprecherin: „Wir haben keine konkreten Zahlen genannt. Aber RWE Generation würde künftig Verluste im betrieblichen Ergebnis ausweisen, wenn die Strompreise so niedrig bleiben.“

Auch Subventionen für Kraftwerke wird es nicht geben, wie Gabriel gestern betonte. Die Bundesregie-

rung will zur Sicherung der Stromversorgung lediglich acht größere Kraftwerke unter Vertrag nehmen, und zwar voraussichtlich flexible Gaskraftwerke. Sie sollen zum Schutz gegen Blackouts als Reserve dauerhaft bereitstehen, heißt es in einem Gabriel-Papier. Dafür sollen die Versorger einen Ausgleich erhalten, den der Stromkunde bezahlt.

„Die Angst in den Revieren ist groß“

Herr Vassiliadis, Sie sind Chef der Energie-Gewerkschaft IG BCE. Bedeutet Gabriels Pläne das Ende der Tagebaue in Deutschland?

VASSILIADIS Die Unternehmen, die subventionsfrei Braunkohle verstromen, sind schon heute durch die Überförderung der erneuerbaren Energien unter Druck. Diese Situation wird nun nochmals verschärft. In der Form, wie das Papier in seinen Eckpunkten bislang bekannt ist, würde es die Tagebaue tatsächlich in Gefahr bringen. Ausgerechnet die preisgünstigste Art der Stromerzeugung bevorzugt vom Netz nehmen zu wollen, wäre eine neue Qualität an Absurdität in der Energiewende.

Wie stark gefährden die Pläne RWE?

VASSILIADIS RWE ist durch den Atomausstieg und den ungebremsten Vorrang der erneuerbaren Energien schon doppelt getroffen. Die politisch erzwungene Verdrängung der Braunkohle wäre ein weiterer harter Schlag für das Unternehmen. Wem das Wasser schon bis zum Hals steht, dem legt man nicht noch zusätzliche Lasten auf die Schultern, sonst geht man unter.

Muss die Kanzlerin ein Machtwort sprechen, es geht ja um 70000 Jobs?

VASSILIADIS Frau Merkel hat nach Fukushima mit mutigen Beschlüssen zum Atomausstieg gezeigt, dass sie auf energiepolitische Realitäten

reagiert. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bundesregierung die drohende Arbeitslosigkeit von 70000 gut bezahlten Steuerzahlern nicht im Blick hat. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass sie die Versorgungssicherheit und die Energiepreise nicht im Fokus hat – denn dann wären viele weitere Arbeitsplätze in Gefahr. Tatsächlich ist die Angst in den Revieren groß. Alle Berechnungen zeigen: Der Vorschlag nach heutigen Stand ist faktisch der Einstieg in den Braunkohle-Ausstieg.

Michael Vassiliadis

Kraft setzt sich für Braunkohle-Jobs ein

ENERGIE NRW-Ministerpräsidentin sprach mit Parteifreund Sigmar Gabriel über Klimapläne

VON HILMAR RIEMENSCHNEIDER

Düsseldorf. NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat am Montag mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) über dessen Pläne für eine Klimaabgabe für alte Kraftwerke gesprochen. Kraft habe bei dem Treffen in Berlin nachdrücklich auf die Bedenken und Sorgen hingewiesen, die das Konzept in der Braunkohleregion in NRW ausgelöst habe, hieß es anschließend aus der Düsseldorfer Staatskanzlei.

Die Ministerpräsidentin habe erneut ihre Sorgen um den Erhalt der Arbeitsplätze betont. Gabriel habe zugesagt, die Auswirkungen des Konzepts noch einmal zu überprüfen und die den Plänen zugrundeliegenden Daten abzugleichen. Kraft und Gabriel hätten vereinbart, die Gespräche fortzusetzen.

Parallel äußerte NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin Zweifel an Szenarien, die den Ver-

lust von bis zu 30 000 Stellen infolge der Gabriel-Pläne in den Raum stellten. Duin sagte dem „Kölner Stadt-Anzeiger“, die vom Energiekonzern RWE skizzierten Szenarien müssten nicht unbedingt zutreffen. „Das ersetzt eine Plausibilitätsprüfung nicht“, sagte der SPD-Politiker. Von der Abgabe für Kraftwerke, die älter als 20 Jahre sind, nehme Gabriel modernisierte Meiler aus, für sie beginne die Zeitrechnung bei Null.

Die Frage sei, ob durch die von Bundeswirtschaftsminister Gabriel angekündigte Klimaschutzabgabe „die Gefahr besteht, dass eine Konzentration der Wirkung auf ein Unternehmen erfolgt“ – eben den RWE-Konzern. Duin stellte klar, dass dies nicht hinnehmbar wäre: „Wenn das so kommt, müssen wir für Änderungen sorgen.“

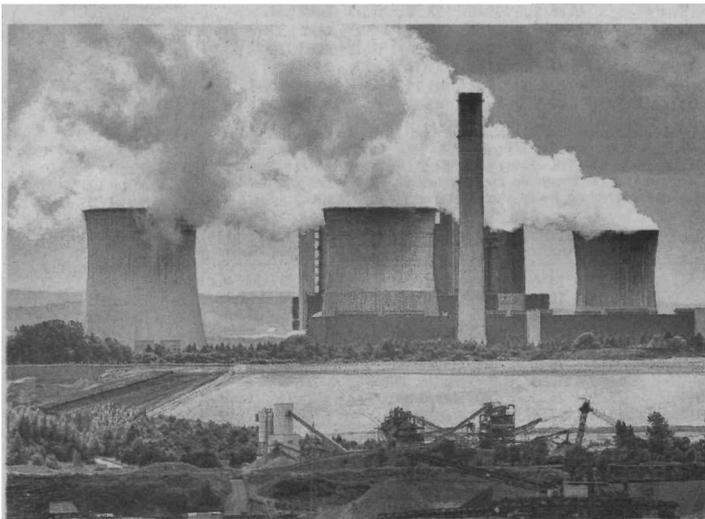
Der Minister hält mögliche Nachbesserungen für realistisch und erinnerte an das Erneuerbare

Energien-Gesetz, das anfangs kritisiert oder verworfen wurde und erst in der Endfassung verlässliche Parameter schaffe. „Das Verfahren erwarten wir jetzt auch hier.“

CDU-Landeschef Armin Laschet warnte Gabriel in einem persönlichen Brief davor, die Braunkohle „ganz bewusst aus dem Energiemix zu verdrängen“. Mit nationalen Alleingängen „werden wir das Weltklima nicht retten können, wohl aber die Grundlage für unseren Wohlstand riskieren“. Sinkende Versorgungssicherheit und steigende Strompreise seien die Folge. Der Koalitionsvertrag decke Gabriels Pläne nicht, betonte Laschet, der auch Vizechef der Bundes-CDU ist. (mit dpa)

» Wir werden das Weltklima alleine nicht retten können

NRW-CDU-Chef Armin Laschet



Der Braunkohletagebau Inden: Auch hier befürchtet RWE massive Einschnitte durch die Klimapläne des Bundes. Foto: dpa

Diskussion über alte Kraftwerke

BRAUNKOHLE Politiker im Revier befürchten Verlust von Zehntausenden Arbeitsplätzen

VON MANFRED FUNKEN

Rhein-Erft-Kreis. Dass das rheinische Revier sich einem Strukturwandel unterziehen muss, ist hinlänglich bekannt, wird zumindest seit 30 Jahren in der Politik hin und wieder diskutiert. Dass der Wandel jetzt ganz plötzlich kommen soll, versetzt die Region dagegen einmal mehr in helle Aufregung.

Auslöser ist die Ankündigung von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, die alten Braunkohlekraftwerke zum Erreichen der Klimaschutzziele mit weiteren Abgaben zu belegen und sie damit – so die Lesart von RWE – von jetzt auf gleich unrentabel zu machen.

„Das ist ein Anschlag auf das rheinische Revier, auf die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit des Stroms“, wettet der CDU-Kreisparteivorsitzender und Landtagsabgeordnete Gregor Golland. Zehntausende Arbeitsplätze werden geopfert.“ Seinen SPD-Kollegen im Landtag wirft er Unglaubwürdigkeit vor. Stets erweckten sie den Eindruck, an der Seite der Braunkohle zu stehen, und verschleierte damit die wahre Politik der SPD.

Nun, Gabriel ist Minister der Großen Koalition in Berlin, und seine Genossen vor Ort sind nicht minder geschockt: „Das ist dramatisch“, schätzt Guido van den Berg, Kreisparteivorsitzender mit Landtagsmandat, die Lage ein. Gabriels Pläne, die alten Braunkohleblöcke mit einer zusätzli-

chen Abgabe zu belegen, führe unmittelbar zu deren Stilllegung. „Außer den BoA-Blöcken stünde alles still“, sagt van den Berg. Was gleichzeitig bedeute, dass die Tagebaue Hambach und Garzweiler ebenfalls unrentabel wären. „Wenn das kommt“, sagt van den Berg, „müssen wir über die Innovationsregion Rheinisches Revier nicht mehr reden, dann geht es nur darum, ob die Arbeitsagentur breit genug aufgestellt ist, um in großem Stil Hartz IV auszuzahlen.“

Gelassener reagiert CDU-Kreistagsfraktionschef Willi Zylajew. „Die Geschwindigkeit Gabriels ist brutal, aber andererseits: die alten Kisten von RWE. Da sollten die in Essen überlegen, wie laut man öffentlich blöken darf.“ Er habe in Berlin hinter den Kulissen gehört, dass RWE bei den Regierungsplänen noch sehr gut davonkomme.

„Es geht um die Existenz der Braunkohle“, stellt dagegen Dierk Timm (SPD) fest. „So wird das kein Strukturwandel, sondern ein Strukturbruch, schlimmstenfalls innerhalb von zwei bis drei Jahren.“

Uwe Zaar, Vorsitzender der Grünen Rhein-Erft, hält den ange-dachten Weg dagegen für richtig, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Die Grünen hegen die Hoffnung, dass moderne Gaskraftwerke für die alten Braunkohlenkraftwerke einspringen könnten. Und im Gegensatz zur Auffassung der SPD müsse man offenbar doch darüber reden, dass nicht nur pro-

duzierter Strom, sondern auch Kraftwerksreserven zu vergüten seien.

Als „wirtschaftspolitische Geisterbahnfahrt“ bewertet Ralph Bombis (FDP) den Vorstoß Gabriels. Er sei rechtlich fragwürdig und für die Arbeitsplätze im Revier höchst gefährlich.

Auf dem Sektor der Erneuerbaren ließen sich die bei einem geordneten Strukturwandel neue Arbeitsplätze schaffen, argumentiert die Kreistagsfraktion von FW/Piraten. Allerdings müsse die Braunkohle vorerst noch die Versorgungssicherheit gewährleisten, sagt Sprecher Heinz Schmitz.

Zur Stützung des Umbruchs im Revier fordert Hans Decruppe (Linke) ein Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes für das Revier. „Anstelle weiter Geld in veraltete Technik zu stecken, sollte es für Forschung und moderne Technologie fließen.“

RWE-Belegschaften stellen sich derweil auf größere Protestaktionen ein. Erstes Ziel ist am Mittwoch, 25. März, der Düsseldorfer Landtag. Zunächst ist von 7 bis 10 Uhr eine Mahnwache geplant, ab 11.45 Uhr eine öffentliche Betriebsversammlung.

„Das ist ein Anschlag auf das Revier, auf die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit

Gregor Golland, CDU

Nach massiver Kritik: Gabriel prüft Kohlepläne

Düsseldorf. Nach massiven Protesten aus den Kohlerevieren will Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) seinen umstrittenen Vorstoß zur Strommarkt-Reform noch einmal prüfen. In einem Krisengespräch mit Gabriel hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) auf die Sorgen vor der Gefährdung Zigtausender Arbeitsplätze gewarnt. Wie es aus der Staatskanzlei heißt, sicherte Gabriel zu, die „den Plänen zugrundeliegenden Daten abzugleichen“. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der RWE Power AG, Dieter Faust, warnte gestern, bei einer Umsetzung von Gabriels Plänen drohe das Aus für die heimische Braunkohle. (wg)